



Bundesverband e.V.

Schriftenreihe Theorie und Praxis 2014

Partizipation in der Jugendsozialarbeit

– Ein Leitfaden für die Praxis –

Impressum

Herausgeber: AWO Bundesverband e.V.

Verantwortlich: Wolfgang Stadler, Vorsitzender des Vorstandes

Autorenteam: Berndt de Boer, AWO-Institut für Bildung und Beruf Berlin
Dr. Thorsten Bührmann, Universität Paderborn
Klaus Wagner, AWO Bundesverband

Fachbegleitung: Prof. Dr. Waldemar Stange, Leuphana Universität Lüneburg

Satz: Typografie Marx, Andernach

© AWO Bundesverband e.V.
Heinrich-Albertz-Haus
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin
Telefon: 030 26309-0
Telefax: 030 26309-32599
E-Mail: verlag@awo.org
www.awo.org

Berlin, Januar 2015

Artikel-Nr.: 02093

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages oder Herausgebers. Alle Rechte vorbehalten.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Gefördert durch das Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Inhalt:

Vorwort	4
Einführung	5
1. Was ist ‚Partizipation‘? Definitionen im Kontext der Jugendsozialarbeit	8
2. Warum ‚Partizipation‘? Argumente für die Umsetzung von Partizipationskonzepten in der Jugendsozialarbeit	10
3. Verfahrensschritte für die Planung und Umsetzung eines Partizipationskonzeptes	12
4. Checkliste mit Prüffragen	14
4.1 Analyse der Ausgangssituation	14
4.2 Zielbestimmung für das Partizipationskonzept	16
4.3 Bedarfsgerechte Ausarbeitung des Partizipationskonzeptes	17
4.4 Umsetzung des Partizipationskonzeptes	21
4.5 Ergebnispartizipation	23
5. Perspektiven für die Praxisentwicklung	25

Vorwort

Eines der zentralen Anliegen der Arbeiterwohlfahrt ist das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, also die Eröffnung von Chancen für alle Menschen zur gesellschaftlichen Teilhabe. Das gilt sowohl im Rahmen politischer Forderungen als auch für die Beteiligung von Zielgruppen in den sozialen Dienstleistungen der Arbeiterwohlfahrt. Zuletzt hat die Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt 2012 einen Beschluss dazu gefasst, der die Politik auffordert, die Beteiligung junger Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern und die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wird eine Selbstverpflichtung des Verbandes zur Entwicklung von Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen beschlossen.

Um dabei auch die Jugendlichen selbst in ihrer Fähigkeit zur Partizipation zu stärken, hat der Bundesverband ein Projekt zur „Partizipation von Jugendlichen in der Jugendsozialarbeit“ entwickelt. Damit werden die Einrichtungen der Jugendsozialarbeit bei der Entwicklung von Konzepten zur systematischen Partizipation entsprechend der jeweiligen Rahmenbedingungen unterstützt. Nachdem eine Expertise zur Partizipation in der Jugendsozialarbeit erstellt und zwei Praxisprojekte zur Erprobung von Konzepten durchgeführt wurden, wird mit diesem „Leitfaden zur Partizipation“ ein weiterer Baustein zur Qualifizierung der Angebote der Arbeiterwohlfahrt zur Umsetzung von Partizipationskonzepten vorgelegt.

Parallel dazu wird eine Erhebung zur Einschätzung der Fachkräfte zur Partizipation in der Praxis der Jugendsozialarbeit, zur Bestandsaufnahme bereits in der Praxis angewandter Partizipationsansätze sowie zur Feststellung von Unterstützungsbedarfen durchgeführt. Ein weiterer Bestandteil des Projektes ist eine zweiteilige Pilotfortbildung für Fachkräfte der Jugendsozialarbeit.

Ich wünsche viele impulsgebende Erkenntnisse beim Lesen und viel Erfolg bei der Entwicklung und Umsetzung von Beteiligungsformen in der Praxis.

Wolfgang Stadler
(Vorstandsvorsitzender)

Einführung

Das Thema Partizipation hat in der fachpolitischen Debatte, insbesondere mit der Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) für eine „Eigenständigen Jugendpolitik“¹, zunehmend an Bedeutung gewonnen. Im SGB VIII, § 45 (2) werden für die Betriebserlaubnis einer Einrichtung, in der Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages betreut werden, geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten gefordert. Mehrere Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung greifen das Thema Partizipation auf und stellen bezüglich der Umsetzung einen Handlungsbedarf fest. Jugendbeteiligung ist (zusammen mit den Themen Übergang Schule–Beruf und Anerkennung non-formalen Lernens) ein Schwerpunkt der Umsetzung der EU–Jugendstrategie² in Deutschland. Internationale Vereinbarungen wie die UN–Kinderrechtskonvention fordern die Beteiligung junger Menschen in allen sie betreffenden Angelegenheiten. Pädagogische Gründe mit Blick auf die Persönlichkeitsentwicklung und Verselbständigung junger Menschen, den Zusammenhang zwischen Lernen und Partizipation einerseits sowie die Förderung der Demokratiefähigkeit und gesellschaftlichen Teilhabe andererseits, sprechen für eine systematische Beteiligung Jugendlicher in der Jugendsozialarbeit.

Partizipation ist jedoch voraussetzungsreich, sowohl für die jungen Menschen selbst als auch für pädagogische Fachkräfte und stellt zudem Anforderungen an die Entwicklung von Organisationen und Institutionen. Es ist erforderlich, dass je nach Entwicklungsstand unterschiedliche Beteiligungsniveaus und –formen zur Anwendung kommen. Die spezifischen Rahmenbedingungen vieler Angebote der Jugendsozialarbeit bieten häufig nur geringe zeitliche und konzeptionelle Spielräume: Partizipation muss i.d.R. im Rahmen einer feststehenden teilnehmer/innenbezogenen Finanzierung erfolgen, häufig im Kontext kurzfristiger Projektlaufzeiten bzw. nach engen Vorgaben von Ausschreibungsverfahren und mit vorgegebenen einseitig quantitativ bestimmten Erfolgskriterien.

Zielsetzung und Hintergrund des Leitfadens

Der AWO Bundesverband setzt sich für die systematische Beteiligung junger Menschen in der Jugendsozialarbeit und für die Stärkung der Partizipationskompetenz junger Menschen durch die Jugendsozialarbeit ein.

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Eine Allianz für die Jugend. Entwicklung und Perspektiven einer Eigenständigen Jugendpolitik. Berlin 2011

² Jugend für Europa. Deutsche Agentur für das Programm Jugend in Aktion. (Hrsg.): Die EU–Jugendstrategie. Ein erneuerter Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa. Bonn o. J.

Mit einer durch Prof. Dr. Stange, Leuphana Universität Lüneburg, erstellten Expertise³ wurden Voraussetzungen für die Umsetzung von Partizipationskonzepten in der Jugendsozialarbeit beschrieben und der Stand praktischer Umsetzung untersucht. Ein Ergebnis der Expertise ist, dass eine sichtbar dokumentierte, systematische Entwicklung von Partizipationsmodellen und die Umsetzung von Partizipationskonzepten in der Jugendsozialarbeit noch die Ausnahme darstellt. Empfehlungen der Expertise haben in dem vorliegenden Leitfaden Berücksichtigung gefunden.

In zwei Praxisprojekten wurden 2013/2014 in Kooperation mit der AWO Bildung und Lernen gGmbH Lünen und dem AWO Kreisverband Wismar e.V. spezifische Partizipationsformate entwickelt und erprobt. Die Praxiserprobung, vorbereitet und durchgeführt von Prof. Dr. Stange, wurde durch Dr. Thorsten Bührmann, Universität Paderborn fachlich begleitet und evaluiert. Unter Beteiligung Jugendlicher wurden die Praxisprojekte auf dem Deutschen Jugendhilfetag 2014 präsentiert. Erfahrungen der Praxisprojekte sind in den vorliegenden Leitfaden eingeflossen.

In der Auseinandersetzung mit dem Thema wurde deutlich, dass in der fachpolitischen Diskussion zur Partizipation von Jugendlichen insgesamt die Frage der Partizipationskompetenz Jugendlicher bisher zu wenig Berücksichtigung findet. Im Partizipationsdiskurs wird offensichtlich häufig davon ausgegangen, dass die erforderliche Bereitschaft und Fähigkeit zur Partizipation bei allen Jugendlichen vorausgesetzt werden kann. Dieser Leitfaden soll auch dafür sensibilisieren, bei der Entwicklung und Umsetzung von Partizipationskonzepten die individuellen Voraussetzungen der Jugendlichen in den Blick zu nehmen.

Aufbau des Leitfadens⁴

Der Leitfaden liefert zu Beginn einen Überblick zum Verständnis von Partizipation mit ihren vielfältigen Facetten und Formen. Zentrale Argumente zum Nutzen partizipativen Denkens und Handelns für die Jugendsozialarbeit, aber auch gegenüber Mittelgebern und Dritten, werden dargelegt.

Mit einer umfassenden Checkliste verweist der Leitfaden auf den Gesamtzusammenhang der Partizipation als Querschnittsthema in allen Lebensbereichen Jugendlicher. Der Leitfaden will dazu anregen, das differenzierte Spektrum verfügbarer Partizipationsformen auszuschöpfen. Dieses Spektrum reicht von der punktuellen Beteiligung in der alltäglichen Arbeit mit Jugendlichen über die stellvertretende Wahrnehmung der Interessen junger Menschen durch Dritte, die systematische Beteiligung an Planungs- und Entscheidungs-

³ AWO Bundesverband (Hrsg.): Partizipation von Jugendlichen – Eine Herausforderung für die Angebote der Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe, Berlin 2013

⁴ Der Leitfaden basiert auf einem Skript von Prof. Dr. Stange, Leuphana Universität Lüneburg

prozessen in Projekten bis hin zur institutionellen Verankerung der Beteiligung Jugendlicher innerhalb der jeweiligen Organisation und schließlich der Jugendbeteiligung im Gemeinwesen bzw. Sozialraum. Damit ist die Folie für die pädagogische Arbeit beschrieben, in der es darauf ankommt, Beteiligung je nach Situation und individuellen Voraussetzungen Jugendlicher zu gestalten. Der Leitfaden gibt Hilfestellung für die Erarbeitung entsprechender bedarfsgerechter Partizipationsmodelle und zur praktischen Umsetzung von Partizipationskonzepten. Ziel ist die Befähigung junger Menschen zur Wahrnehmung eigener Interessen, zur Beteiligung an der Gestaltung ihres sozialen Umfeldes sowie zur Mitwirkung an institutionalisierten demokratischen Entscheidungsprozessen.

Für eine nachhaltige Einführung von Beteiligungsmodellen als auch nach außen sichtbares und wahrnehmbares Konzept sind – neben pädagogischen Fragen – in der Regel auch strukturelle bzw. organisationale Aspekte zu beachten. Dies wird in den einzelnen Verfahrensschritten durch entsprechende Prüffragen berücksichtigt.

Wir wünschen viel Erfolg bei der Entdeckung bereits vorhandener partizipativer Elemente in der eigenen Arbeit und der professionellen Weiterentwicklung auf dem Weg zur nachhaltigen konzeptionellen und strukturellen Verankerung der Partizipation von Jugendlichen in der Jugendsozialarbeit.

1. Was ist ‚Partizipation‘? – Definitionen im Kontext der Jugendsozialarbeit

Der Begriff ‚Partizipation‘ geht auf das lateinische Substantiv ‚pars‘ (Teil, Anteil) und das lateinische Verb ‚capere‘ (nehmen, erobern) zurück. Die einfachste Übersetzung des Begriffs Partizipation wäre also Teilnahme oder Beteiligung. Die Begriffe ‚Teilnahme‘ und ‚Beteiligung‘ werden im Sprachgebrauch jedoch häufig weniger aktiv empfunden als der Begriff ‚Partizipation‘.

Die Herausbildung der Fähigkeit zur Partizipation wird heute als wesentliche Entwicklungsaufgabe des Jugendalters bestimmt⁵; in diesem Zusammenhang wird die Lebensphase Jugend in der Altersspanne von 12–25, je nach Ausbildungsweg auch bis 30 Jahren, definiert. Wenn Herausforderungen altersstypischer Entwicklungsaufgaben nicht erfolgreich bewältigt werden, führt das zu gesellschaftlich-sozialer Ausgrenzung, zu generellen Schwierigkeiten in der Bewältigung von Aufgaben auch in späteren Lebensphasen sowie zu mangelndem Selbstbewusstsein. Mit der erfolgreichen Bewältigung alterstypischer Entwicklungsaufgaben erwerben Jugendliche erforderliche Kompetenzen, die sie erst befähigen, eine stabile und autonome Ich-Struktur aufzubauen und sich in die soziale Umwelt zu integrieren. Für das Verständnis des Konzeptes psycho-sozialer Entwicklungsaufgaben ist der Hinweis wichtig, dass allein soziale Erwartungen oder die Schaffung von Partizipationsräumen nicht automatisch eine Entwicklungsaufgabe für Jugendliche selbst darstellt. Dies ist erst dann der Fall, wenn sie sich mit dem Thema Partizipation identifizieren, Partizipation als Aufgabe angenommen wird und auch umgesetzt werden kann.

Der Begriff Partizipation umfasst unterschiedliche Perspektiven:

- Partizipation ist mit der **Wahrnehmung eigener Interessen** verbunden. Dies geschieht ggf. im Widerspruch zu konkurrierenden Interessen und kann demzufolge zu Konflikten führen. Daraus ergibt sich für die Jugendsozialarbeit die Konsequenz, Jugendliche darin zu unterstützen, eigene Interessen einschätzen, artikulieren und kommunizieren zu können und diese im Konfliktfall auch angemessen vertreten zu können.
- Partizipation umfasst zweitens die **Regelung gemeinsamer Angelegenheiten des Zusammenlebens** in der Familie, in einer Gruppe, in Institutionen oder im Gemeinwesen. Unter dieser Perspektive erfordert Partizipation eine Sensibilität für die Interessen anderer, die Fähigkeit, eigene Kompetenzen realistisch einschätzen können sowie die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit neuen bisher unvertrauten Sachverhalten. Daraus

⁵ Hurrelmann/Quenzel: Entwicklungsaufgaben im Jugendalter, in: Sozialmagazin 9/10 2014

ergibt sich für die Jugendsozialarbeit nicht nur die Konsequenz, junge Menschen an der Gestaltung sie betreffender Angelegenheiten zu beteiligen. Jugendsozialarbeit hat auch die Aufgabe, die Sozialkompetenz junger Menschen so zu entwickeln, dass sie mit anderen produktiv zusammenarbeiten bzw. gemeinsam mit anderen wirksam handeln können.

- Es gibt eine weitere Perspektive, die im Beteiligungsdiskurs häufig vergessen wird. Es geht um die Partizipation an Themen, die im Hier-und-Jetzt nicht unmittelbar von Bedeutung sind. Partizipation umfasst in dieser Perspektive die (Mit-)Gestaltung von Rahmenbedingungen, die das eigene Leben junger Menschen in der Zukunft bestimmen werden. **Bezugspunkt für Partizipation ist nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft.** Zukunftsgerichtete Partizipation erfordert die Fähigkeit, Folgewirkungen eigener Handlungen für das weitere Leben abschätzen zu können und darüber hinaus die Bereitschaft, sich für das Gemeinwesen zu engagieren. Jugendsozialarbeit hat demnach die Aufgabe, die Partizipationskompetenz junger Menschen umfassend zu fördern, sodass sie ihre Lebens-, Bildungs- und Berufsbiographie verantwortlich gestalten können. Jugendsozialarbeit ist zugleich Akteur im Sozialraum, der das Engagement junger Menschen im Gemeinwesen befördert und Jugendbeteiligung ermöglicht.
- Partizipation erfolgt nicht allein auf direktem Wege über die Wahrnehmung eigener Interessen, sondern auch über eine stellvertretende Wahrnehmung fremder Interessen. Diese **indirekte Partizipation** ergänzt und verstärkt die Interessen von Anderen. In diesem Sinne können Fachkräfte in der Jugendsozialarbeit auch stellvertretend Interessen Jugendlicher vertreten und Jugendliche motivieren, sich im wohlverstandenen eigenen Interesse für die Interessen anderer einzusetzen.

Partizipation ist nicht nur mit Rechten (Informations-, Entscheidungsrechten usw.) verbunden. Partizipation erfordert komplementär die Übernahme von Pflichten im Sinne einer Verantwortungsübernahme (Selbstverantwortung, Mitverantwortung für Andere).

2. Warum ‚Partizipation‘? – Argumente für die Umsetzung von Partizipationskonzepten in der Jugendsozialarbeit

Die Umsetzung von Partizipationskonzepten leistet einen Beitrag in der Entwicklung junger Menschen, hat für Institutionen einen Nutzen und entfaltet Wirkungen auf kommunaler Ebene sowie für die Zivilgesellschaft insgesamt. Argumente für die Umsetzung von Partizipationskonzepten werden im Folgenden zusammengestellt.

- **Partizipation ist rechtlich verankert und gefordert**

Es gibt eine Vielzahl rechtlicher Normierungen, die eine Beteiligung junger Menschen fordern:

- auf internationaler Ebene z. B. die UN-Kinderrechtskonvention und die Agenda 21,
- auf europäischer Ebene z. B. die Europäische Charta der Rechte des Kindes und der Vertrag von Lissabon,
- auf nationaler Ebene z. B. im Grundgesetz, im BGB und im SGB VIII,
- auf Länderebene z. B. in der Brandenburger Landesverfassung und in Schulgesetzen,
- auf Gemeindeebene durch Gemeindeordnungen (z. B. in Schleswig-Holstein und im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz).

- **Partizipation ist Bestandteil des Qualitätsmanagements**

Partizipation ist ein wichtiger Bestandteil im AWO-Qualitätsmanagement. Leitbilder und Qualitätsstandards vieler Organisationen und Verbände enthalten partizipative Elemente.

- **Partizipation fördert das Lernen und die Handlungskompetenz junger Menschen**

Partizipation führt zu einer verbesserten Lernmotivation, steigert das – durch eigene Beiträge und Leistungen – begründete Selbstvertrauen und fördert die Selbst-, Sozial- und Methodenkompetenz.

Junge Menschen, die sich sozial und zivilgesellschaftlich engagieren, haben eine höhere Bereitschaft, sich auf den Beruf vorzubereiten und verfügen im Übergang Schule-Beruf über zusätzliche persönliche Netzwerke.

- **Partizipation leistet einen Beitrag zum bürgerschaftlichen Engagement**

Partizipative Konzepte können genutzt werden, junge Menschen systematisch auf freiwilliges Engagement hinzuführen und vorzubereiten. Wer frühe Engagements- und Par-

tizipationserfahrungen macht, engagiert sich zudem mit hoher Wahrscheinlichkeit auch später im Erwachsenenleben.

- **Partizipation trägt zur Prävention von Gewalt und Vandalismus bei**

Beteiligungsprojekte reduzieren nachweislich Gewalt und Vandalismus. Wer etwas selbst mit aufbaut oder mit gestaltet, zerstört es in aller Regel nicht selbst wieder und hält Andere eher von Gewalt und Vandalismus ab.

- **Partizipation nützt dem Gemeinwesen und der Kommunalpolitik**

Jugendbeteiligung gibt belebende Impulse für die soziale, kulturelle, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Entwicklung vor Ort. Zudem sind Jugendliche und ihre Familien sensible Seismographen für die Früherkennung von Problemen und (Fehl)Entwicklungen.

Besonders im Blick auf die demographische Entwicklung kann Jugendbeteiligung ein positiver kommunaler Standortfaktor sein.

- **Partizipation fördert die Integration im Sozialraum**

Der Zusammenhalt im Sozialraum wird in dem Maße gefördert, in dem Einfluss auf die Gestaltung des Gemeinwesens ermöglicht und gefördert wird. Umgekehrt wird der Zusammenhalt einer Gesellschaft gefährdet, wenn gerade die Gruppe derjenigen jungen Menschen, die durch Jugendsozialarbeit unterstützt wird, von sozialer Teilhabe in ihrem eigenen Lebensumfeld ausgeschlossen bleibt.

- **Partizipation verringert die Politikdistanz**

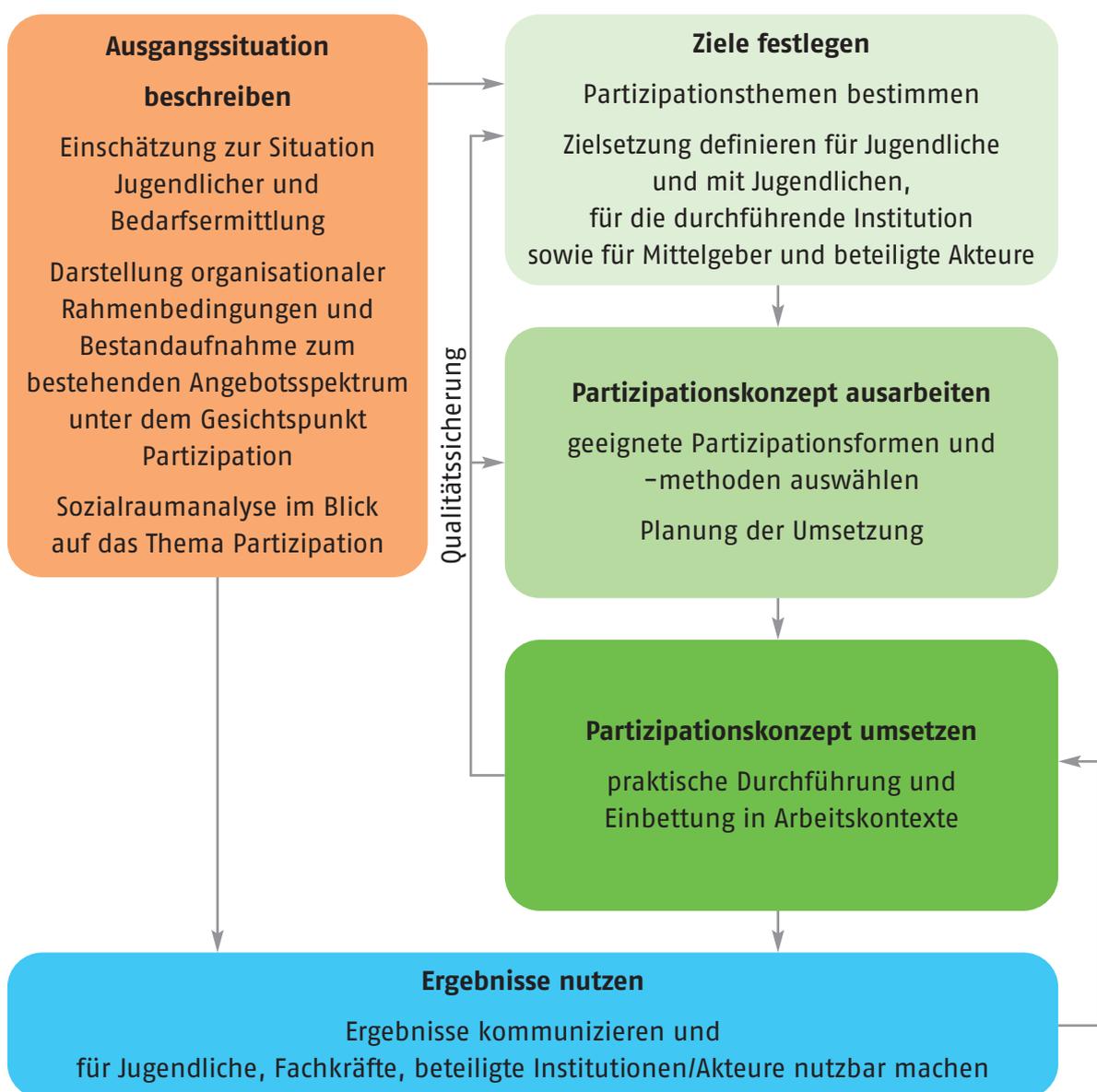
Untersuchungen zur kontinuierlichen Vergrößerung der Politikdistanz und Politikabstinenz junger Menschen beunruhigen seit langem. Nur durch die umfangreiche Einbeziehung der jungen Generation kann dieser Prozess umgekehrt werden.

- **Partizipation trägt zur Verbesserung von Planungsvorhaben bei**

Moderne Planungsverfahren insistieren auf einer Nutzerbeteiligung. Jugendliche sind „Experten in eigener Sache“, sie können durchaus Vorschläge einbringen zu pädagogischen oder kommunalen Themen, die nach herkömmlicher Sicht professionellen Fachkräften oder der Politik vorbehalten bleiben. Durch die Berücksichtigung ihrer Wünsche und Vorstellungen für neue Projekte, bei Veränderungen innerhalb einer Institution oder bei kommunalen Planungen wird eine Qualitätsverbesserung möglich. Junge Menschen nicht zu beteiligen an den Maßnahmen, die sie direkt betreffen, ist heute ein planerischer Kunstfehler.

3. Verfahrensschritte für die Planung und Umsetzung eines Partizipationskonzeptes

Die fachgerechte, systematische Planung und Umsetzung eines Partizipationskonzeptes wird durch ein für unterschiedliche Rahmenbedingungen und Arbeitsfelder gültiges Standardverfahren beschrieben. Nach diesem Standardverfahren erfolgt die erstmalige Einführung eines Partizipationskonzeptes oder die Praxisentwicklung bereits vorhandener partizipativer Ansätze in fünf Verfahrensschritten:



Standardverfahren für die Planung und Umsetzung eines Partizipationskonzeptes
(Eigene Darstellung)

Das Standardverfahren ist auf je spezifische Rahmenbedingungen und Arbeitsfelder der Jugendsozialarbeit praxisgerecht anzupassen. In der Praxis vor Ort sind bestimmte Verfahrensschritte stärker zu betonen als andere, einige Verfahrensschritte werden umfangreich und andere weniger umfangreich zu bearbeiten sein. Es macht einen Unterschied, ob ein Partizipationskonzept für eine Institution insgesamt, für ein ausgewähltes Arbeitsfeld oder für die einmalige Durchführung eines Projektes geplant wird. Die Umsetzung in einem Umfeld mit nur wenigen ähnlichen Akteuren verlangt andere Vorgehensweisen als die Umsetzung mit vielen Akteuren aus ganz unterschiedlichen Bereichen. Nicht zuletzt wird die Ausprägung jeweiliger Verfahrensschritte durch die jeweilige Zielgruppe junger Menschen bestimmt.

Wenngleich die Verfahrensschritte systematisch aufeinander aufbauen, soll die Darstellung keineswegs eine schematische Bearbeitung in der vorgegebenen Reihenfolge nahelegen. In der Praxis werden Aufgaben einzelner Verfahrensschritte wiederholt zu bearbeiten sein. So kann es sich als sinnvoll erweisen, eine bereits vorgenommene Zieldefinition im Lichte der konkreten Umsetzungsplanung zu modifizieren.

Dem Partizipationsansatz folgend, sollten Analyse-, Entscheidungs- und Planungsprozesse soweit möglich beteiligungsorientiert gestaltet werden; die damit verbundene Dynamik kann den im Standardverfahren beschriebenen idealen Ablauf beeinflussen.

Die folgende Checkliste mit Prüffragen gibt Hinweise für die notwendige praxisgerechte Anpassung des Standardverfahrens auf die spezifischen Rahmenbedingungen und Arbeitsfelder vor Ort. Die Checkliste kann und soll bedarfsgerecht genutzt bzw. modifiziert und ergänzt werden.

4. Checkliste zur Planung und Umsetzung eines Partizipationskonzeptes

4.1 Analyse der Ausgangssituation und Bedarfsermittlung

Eine sorgfältige Ausgangsanalyse ist Grundlage der weiteren Planung und für die Umsetzung des Partizipationskonzeptes. Der Planungsprozess insgesamt sollte bereits beteiligungsorientiert durchgeführt werden.

Prüffragen mit Fokus auf Jugendliche

- Welche Aussagen lassen sich zum Zielgruppenspektrum treffen?
- Welches sind die typischen Lebenswelt-Merkmale der Zielgruppe?
- Wie sehen die Jugendlichen ihre Lage selber?
- Wie lassen sich Interessen und mögliche Problemlagen der Jugendlichen charakterisieren?
- Inwieweit verfügen die Jugendlichen bereits über Erfahrungen mit Beteiligungskonzepten?
- Inwiefern sollen und können Jugendliche bereits in der Planungsphase beteiligt sein?

Prüffragen mit Fokus auf die durchführende Institution

- In welcher Institution und in welcher organisatorischen Einheit soll das Partizipationskonzept umgesetzt werden?
- Welchen Stellenwert hat das geplante Partizipationskonzept auf der Leitungsebene?
- Welche Informationen zu dieser Institution sind für die Planung und Umsetzung nutzbar? [Rechtsform, Leitbild, Organigramm, pädagogische Konzepte und angewandte Methoden, personelle Ausstattung, wirtschaftliche Rahmenbedingungen]
- Welche für die Planung und Umsetzung des Partizipationskonzeptes wichtigen Merkmale der durchführenden Institution sind zu berücksichtigen?
- Über welche Erfahrungen mit Beteiligungskonzepten verfügen die Institution bzw. Fachkräfte in der Institution bereits?
- Welche Personen sollen und können bei der Planung und Umsetzung des Partizipationskonzeptes beteiligt sein?

Prüffragen mit Fokus auf den Sozialraum

- Welche sozialstrukturellen und sozialgeographischen Themen und Merkmale im Lebensraum der jungen Menschen, an die sich das Partizipationskonzept richtet, sind zu beachten? [Bevölkerungszusammensetzung, wirtschaftliche Situation, (Jugend-) Arbeitslosigkeit, (Aus-)Bildungsmöglichkeiten, Mobilität und Erreichbarkeit usw.]
- Wie ist die durchführende Institution in die Region eingebettet?
- Welche Bedarfe oder Planungen bzw. Erfahrungen zur Jugendbeteiligung gibt es in der Region?
- Für welche Akteure [Politik, Bildung, Behörden, Zivilgesellschaft, Wirtschaft] in der Region kann die Umsetzung von Partizipationskonzepten einen Nutzen haben?
- Welche Akteure im Sozialraum sollen und können beteiligt werden?
- Welche potenziellen Mittelgeber für eine finanzielle Unterstützung oder für andere Formen der Unterstützung gibt es in der Region?

4.2 Zielbestimmung für das Partizipationskonzept

Eine präzise und umfassende Zieldefinition ist nicht nur Grundlage für das zu erarbeitende Partizipationskonzept, sondern auch Voraussetzung dafür, dass geprüft werden kann, inwieweit die Umsetzung des Partizipationskonzeptes in der Praxis gelingt. Es ist wichtig, die Zielsetzung für die Einführung oder Weiterentwicklung eines Partizipationskonzeptes in der durchführenden Institution und mit beteiligten Dritten abzustimmen. Ohne einen in der durchführenden Institution getragenen Auftrag einschließlich der Bereitstellung erforderlicher personeller und zeitlicher Ressourcen sollte die Erarbeitung eines Partizipationskonzeptes nicht erfolgen.

Prüffragen zur Zielbestimmung

- Gibt es Zielvorgaben der durchführenden Institution, von Mittelgebern oder durch trägerübergreifende Konzepte, die zu berücksichtigen sind?
- An welche Zielgruppe junger Menschen richtet sich das Partizipationskonzept?
- Wie werden Genderaspekte, Diversity und Inklusion berücksichtigt?
- Welche Ergebnisse sollen für Jugendliche und mit beteiligten Jugendlichen erreicht werden?
- Welches Partizipationsniveau wird angestrebt? (Information, Mitwirkungsmöglichkeiten, Entscheidungsrechte, institutionelle Verankerung)
- Wie soll die Reichweite des Beteiligungsmodells sein? (eingeschränkt auf eine bestimmte Gruppe Jugendlicher oder offen für Zielgruppenerweiterungen; eingeschränkt auf eine bestimmte organisatorische Einheit einer Institution oder für die durchführende Institution insgesamt, institutionen-übergreifend in der Region)
- In welchem Maße soll die Partizipationskultur in der durchführenden Institution bzw. in der Region befördert werden?
- Ist mit Widerstand gegen die geplante Einführung eines Partizipationskonzeptes oder die Weiterentwicklung partizipativer Ansätze zu rechnen?
- Wird die Perspektive derjenigen Fachkräfte, die das Partizipationskonzept umsetzen, in der Zielsetzung berücksichtigt?
- Wird die Perspektive relevanter Akteure im Umfeld in der Zielbestimmung berücksichtigt?
- Werden durch Rahmenbedingungen gesetzte Grenzen beachtet?
- Ist die Zieldefinition zugleich anspruchsvoll (motivierend) und machbar (realistisch)?
- Ist die Zieldefinition präzise und umfassend – was genau soll wann erreicht werden?

4.3 Bedarfsgerechte Ausarbeitung des Partizipationskonzeptes

In der Ausarbeitung des Partizipationskonzeptes kommt es darauf an, das breite und differenzierte Spektrum möglicher Partizipationsformen und -methoden zu berücksichtigen. Geeignete Varianten sollen im Blick auf die Zielsetzung und Machbarkeit ausgewählt und umsetzungsreif ausgearbeitet werden.

Es sei darauf hingewiesen, dass einige Partizipationsformen auch und gerade in der individuellen Beratung und Begleitung zur Anwendung kommen können, wenn der Beratungsprozess als gemeinsamer Prozess mit dem oder der Jugendlichen verstanden wird (Feedbackkultur, Aushandlung von Entscheidungen oder auch die Nutzung von Beschwerdemöglichkeiten). Andere Partizipationsformen sind an geschlossene oder offene Gruppen gerichtet, wieder andere Formen bedürfen der aktiven Beteiligung Dritter (Stellvertretende Partizipation), der institutionellen Verankerung (Mitwirkung in Gremien) oder einer institutionen-übergreifenden Netzwerkarbeit.

Die gewählte Darstellung der Partizipationsformen ist orientiert an üblichen Klassifikationen. Die Darstellung erhebt jedoch nicht den Anspruch, alle denkbaren Partizipationsformen zu berücksichtigen. Je nach Anwendungskontext, fachlicher Akzentuierung oder wissenschaftlicher Ausrichtung können andere Darstellungsformen sinnvoll sein. Nutzer des Leitfadens sollen und können Partizipationsformen ihrem jeweiligen Praxisbedarf entsprechend anpassen und dazu ggf. intern oder extern verfügbare Expertise nutzen.

Prüffragen zu Partizipationsformen und -methoden

Alltagspartizipation

Es handelt sich um partizipatives Denken und Handeln in der alltäglichen (pädagogischen) Arbeit mit jungen Menschen. Alltagspartizipation zeigt sich etwa in einer ausgeprägten professionellen Feedbackkultur; in der Art und Weise, wie situative Entscheidungen getroffen und ausgehandelt werden; im Umgang mit Kritik und Anregungen; in der Teilung und Übertragung von Verantwortung; durch Information und Transparenz gegenüber Jugendlichen.

- Wie hoch ist der Nutzen dieser Form der Partizipation für beteiligte Jugendliche?
- Wie ist die Akzeptanz beteiligter Jugendlicher für diese Form der Partizipation?
- Wie ist die Akzeptanz auf Seiten der Fachkräfte für diese Form der Partizipation?
- Wie ist die Praktikabilität dieser Form der Partizipation einzuschätzen?
- Wie wird diese Form der Partizipation durch relevante Akteure im Umfeld eingeschätzt?
- Inwieweit gibt es einen Entwicklungsbedarf für diese Form der Partizipation?
- In welchem Maße soll Alltagspartizipation im Partizipationskonzept eine Rolle spielen?

Punktuelle Partizipation

Hierunter fallen Formen der Partizipation, die sich durch geringe Formalisierung und Institutionalisierung auszeichnen. Beispiele sind Beschwerdebriefkästen, vertrauliche Sprechstunden pädagogischer Fachkräfte oder eine anonyme öffentliche „Mecker-Wand“.

- Wie hoch ist der Nutzen dieser Form der Partizipation für beteiligte Jugendliche?
- Wie ist die Akzeptanz beteiligter Jugendlicher für diese Form der Partizipation?
- Wie ist die Akzeptanz auf Seiten der Fachkräfte für diese Form der Partizipation?
- Wie ist die Praktikabilität dieser Form der Partizipation einzuschätzen?
- Wie wird diese Form der Partizipation durch relevante Akteure im Umfeld eingeschätzt?
- Inwieweit gibt es einen Entwicklungsbedarf für diese Form der Partizipation?
- In welchem Maße soll Punktuelle Partizipation im Partizipationskonzept eine Rolle spielen?

Projektbezogene Formen der Beteiligung

Hier geht es um eine handlungsorientierte, thematisch fokussierte und zeitlich befristete Form der Partizipation. Themen für Projekte sind etwa die Gestaltung von Räumlichkeiten oder eines Gartens, die Planung und Organisation einer (Bildungs-)reise, Medienprojekte, die Herstellung von Produkten, die Planung, Durchführung und Ergebnispräsentation von Befragungen in der Region zu einem jugendrelevanten Thema, die Simulation einer politischen Wahl, die Mitwirkung im Aufbau und Betrieb eines Jugendcafés. Partizipation in Projekten wird durch die systematische aktive Beteiligung in unterschiedlichen Projektphasen (Zielfindung, Information und Planung, Durchführung mit Anderen, Auswertung) nach dem pädagogischen Prinzip der vollständigen Handlung erreicht.

- Wie hoch ist der Nutzen dieser Form der Partizipation für beteiligte Jugendliche?
- Wie ist die Akzeptanz beteiligter Jugendlicher für diese Form der Partizipation?
- Wie ist die Akzeptanz auf Seiten der Fachkräfte für diese Form der Partizipation?
- Wie ist die Praktikabilität dieser Form der Partizipation einzuschätzen?
- Wie wird diese Form der Partizipation durch relevante Akteure im Umfeld eingeschätzt?
- Inwieweit gibt es einen Entwicklungsbedarf für diese Form der Partizipation?
- In welchem Maße sollen projektbezogene Formen der Beteiligung im Partizipationskonzept eine Rolle spielen?

Stellvertretende Formen der Partizipation

Stellvertretende Formen der Partizipation sind institutionalisierte Ombuds-Systeme, wie z. B. Jugendvertretungen, Beschwerdestellen für Jugendliche, die Etablierung von Patenkonzepten oder die Benennung erwachsener Jugendbeauftragter oder Vertrauenspersonen.

- Wie hoch ist der Nutzen dieser Form der Partizipation für beteiligte Jugendliche?
- Wie ist die Akzeptanz beteiligter Jugendlicher für diese Form der Partizipation?

- Wie ist die Akzeptanz auf Seiten der Fachkräfte für diese Form der Partizipation?
- Wie ist die Praktikabilität dieser Form der Partizipation einzuschätzen?
- Wie wird diese Form der Partizipation durch relevante Akteure im Umfeld eingeschätzt?
- Inwieweit gibt es einen Entwicklungsbedarf für diese Form der Partizipation?
- In welchem Maße sollen stellvertretende Formen der Partizipation im Partizipationskonzept eine Rolle spielen?

Beteiligung in institutionellen oder regionalen Strukturen

Diese Form der Partizipation umfasst ein breites Spektrum an Mitwirkungsmöglichkeiten in Gremien, Teamkonferenzen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Jugendbeiräten, Jugendparlamenten, Planungsausschüssen usw.). Entscheidend ist die formale und kontinuierliche Beteiligung mit entsprechender Verlässlichkeit und Verantwortungsübernahme auf Seiten der Jugendlichen sowie die Einräumung bestimmter Rechte für Jugendliche (Rederecht, Stimmrecht usw.).

- Wie hoch ist der Nutzen dieser Form der Partizipation für beteiligte Jugendliche?
- Wie ist die Akzeptanz beteiligter Jugendlicher für diese Form der Partizipation?
- Wie ist die Akzeptanz auf Seiten der Fachkräfte für diese Form der Partizipation?
- Wie ist die Praktikabilität dieser Form der Partizipation einzuschätzen?
- Wie wird diese Form der Partizipation durch relevante Akteure im Umfeld eingeschätzt?
- Inwieweit gibt es einen Entwicklungsbedarf für diese Form der Partizipation?
- In welchem Maße sollen Formen institutionalisierter Partizipation im Partizipationskonzept eine Rolle spielen?

Offene Versammlungsformen

Unter diese Partizipationsstrategie fallen alle Arten von Versammlungen zu einer gemeinsamen Angelegenheit. Entscheidend ist, dass die Versammlungen offen für alle Interessierten sind und dass alle Beteiligten ihre Anliegen und Ideen einbringen können. Es ist wichtig, beteiligte Jugendliche darüber zu informieren, wie mit ihren Beiträgen umgegangen wird. Offene Versammlungen bedürfen gerade wegen der Offenheit einer guten Vorbereitung und Strukturierung (etwa in Form einer Zukunftskonferenz, als World-Café oder mittels anderer geeigneter Methoden).

- Wie hoch ist der Nutzen dieser Form der Partizipation für beteiligte Jugendliche?
- Wie ist die Akzeptanz beteiligter Jugendlicher für diese Form der Partizipation?
- Wie ist die Akzeptanz auf Seiten der Fachkräfte für diese Form der Partizipation?
- Wie ist die Praktikabilität dieser Form der Partizipation einzuschätzen?
- Wie wird diese Form der Partizipation durch relevante Akteure im Umfeld eingeschätzt?
- Inwieweit gibt es einen Entwicklungsbedarf für diese Form der Partizipation?
- In welchem Maße sollen offene Versammlungsformen im Partizipationskonzept eine Rolle spielen?

E-Partizipation

E-Partizipation ist eine Weiterentwicklung von Beteiligungsverfahren durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien. E-Partizipation ermöglicht die Beteiligung Vieler unabhängig von einem bestimmten Ort oder zeitlicher Bindung. E-Partizipation kann sowohl in formalen Entscheidungsverfahren ergebnisorientiert eingesetzt werden, als auch für die prozessorientierte Beteiligung als eine Art digitaler offener Versammlungsform genutzt werden. Mit der E-Partizipation sind neue spezifische Beteiligungsmöglichkeiten wie z. B. E-Information, E-Koordination, E-Kommunikation oder E-Petitionen (Vorschläge, Beschwerden) entstanden. E-Partizipation wird durch eine Vielzahl technischer Lösungen bzw. Beteiligungstools verwirklicht, die auch Gegenstand der Medienpädagogik sind (Soziale Medien, Blogs, Liquid Feedback, Terminabstimmungstools, Videokonferenz, digitale Kampagnen, digitale Meinungsbildung usw.).

- Wie hoch ist der Nutzen dieser Form der Partizipation für beteiligte Jugendliche?
- Wie ist die Akzeptanz beteiligter Jugendlicher für diese Form der Partizipation?
- Wie ist die Akzeptanz auf Seiten der Fachkräfte für diese Form der Partizipation?
- Wie ist die Praktikabilität dieser Form der Partizipation einzuschätzen?
- Wie wird diese Form der Partizipation durch relevante Akteure im Umfeld eingeschätzt?
- Inwieweit gibt es einen Entwicklungsbedarf für diese Form der Partizipation?
- In welchem Maße soll bzw. kann die E-Partizipation im Partizipationskonzept eine Rolle spielen?

4.4 Umsetzung des Partizipationskonzeptes

In der Umsetzung des Partizipationskonzeptes kommen bewährte Grundsätze und Methoden aus dem (Projekt)Management bzw. der Organisation pädagogischer Prozesse zur Anwendung (Beschreibung von Arbeitspaketen mit Zeitplanung, Klärung von Verantwortlichkeiten, ausreichende Fach- und Prozesskompetenz, Bereitstellung erforderlicher Ressourcen, Qualitätssicherung⁶). In der Umsetzung eines Partizipationskonzeptes gilt es jedoch Besonderheiten zu beachten:

Prüffragen zur Umsetzung des Partizipationskonzeptes

- Die Umsetzung eines partizipativen Ansatzes wird in entscheidendem Maße durch die Haltung beteiligter Fachkräfte zum Partizipationskonzept getragen. Wie ist die Haltung beteiligter Fachkräfte zum Prinzip der Partizipation und zu dem spezifischen Partizipationskonzept?
- In der Umsetzung eines Partizipationskonzeptes können durch die Beteiligung verursachte Dynamiken auftreten. Wie wird in der Steuerung des Umsetzungsprozesses auf unvorhergesehene Ereignisse reagiert?
- Die Umsetzung des Partizipationskonzeptes soll nicht gegenüber der Alltagspraxis isoliert sein und nach Möglichkeit keine hohen Zusatzkosten verursachen. Wie ist die Umsetzung des Partizipationskonzeptes in die jeweilige Organisation eingebettet und in bestehende Arbeitskontexte integriert?
- Die Umsetzung dynamischer partizipativer Ansätze ist ein permanenter Lernprozess für alle Beteiligten. Wie berücksichtigt die Qualitätssicherung die Spezifik partizipativer Ansätze?

Praxistipps

Die Servicestelle Jugendbeteiligung Berlin bietet bundesweit Beratung und Qualifizierungen zur Verbreitung und Professionalisierung der Jugendpartizipation. Das Team ist jugendlich – niemand ist älter als 27 Jahre – und arbeitet ehrenamtlich neben Studium, Ausbildung, Job oder auf Basis eines Freiwilligendienstes und unabhängig von Parteien und Verbänden (www.servicestelle-jugendbeteiligung.de).

Beim Deutschen Kinderhilfswerk (www.kinderpolitik.de) kann die Förderung von Mikro-Projekten zur Jugendbeteiligung bis zu einem Betrag von 5.000 EURO beantragt werden. Ein Kinder- und Jugendbeirat hat die Aufgabe, Projekte im Blick auf die Wirkung für Kinder und Jugendliche beratend zu unterstützen. Zudem engagiert sich das Deutsche Kinderhilfswerk mit dem BundesNetzwerk Kinder- und Jugendbeteiligung für die Betei-

⁶ BMFSFJ (Hrsg.): Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, 2.3 Jugendsozialarbeit, Berlin 2012

ligung junger Menschen. Das Netzwerk trägt den Partizipationsgedanken in die Berufs- und Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendarbeit und bietet Fachkräften die Möglichkeit kollegialer Beratung.

Die Hilfsorganisation Children for a better World e.V. München (www.children.de/home/) unterstützt bundesweit soziale Projekte, die die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen, die besonderer Unterstützung bedürfen, verbessern. Zentrales Anliegen ist die Armutsbekämpfung. Leitgedanke der sozialen Projekte ist die Partizipation: Kinder und Jugendliche sollen nicht nur Empfänger von Hilfe sein, sondern aktiv mitgestalten. Beteiligungsorientierte soziale Projekte können durch Expertise und in Einzelfällen im Rahmen einer Projektförderung unterstützt werden. Voraussetzung für eine Projektförderung ist allerdings eine langfristige Zusammenarbeit, damit nachhaltige Wirkungen für Kinder und Jugendliche erzielt werden können.

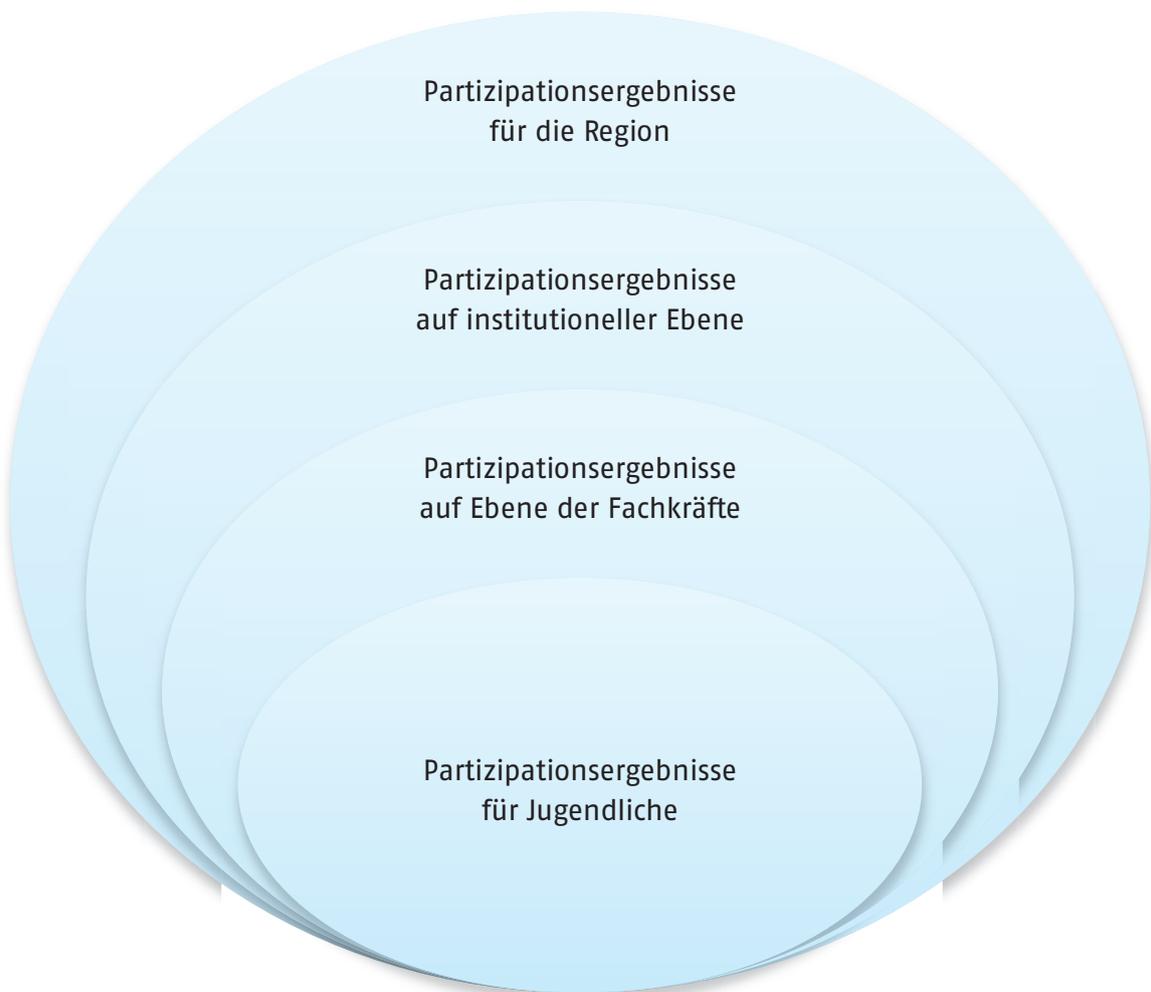
Auf Länderebene vorhandene Unterstützungstrukturen (z. B. www.jugendbeteiligung-in-nrw.de; www.jugendbeteiligung-brandenburg.de u.a.) können ebenfalls genutzt werden.

Hingewiesen sei auf eine Methodensammlung des Deutschen Bundesjugendrings zum Thema Jugendpartizipation <https://www.strukturierter-dialog.de/praxistipps/methodentipps/>.

Das „Handbuch Partizipation“ der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/de/handbuch.shtml) vermittelt anhand vieler Praxisbeispiele einen realistischen Eindruck zu Planung und Umsetzung von Partizipationsverfahren aus der Perspektive einer öffentlichen Verwaltung. Das Handbuch Partizipation enthält zudem nützliche methodische Anregungen.

4.5 Ergebnispartizipation

Das Verständnis von Partizipation wird häufig reduziert auf Planungs- und Entscheidungsprozesse. Partizipation umfasst jedoch auch die Beteiligung an den Ergebnissen eines Partizipationsprozesses. Ergebnisse eines Partizipationsprozesses sollen deshalb für Jugendliche selbst, beteiligte Fachkräfte, die durchführende Organisation sowie ggf. in der Region systematisch nutzbar gemacht werden.



Ebenen der Ergebnispartizipation
(Eigene Darstellung)

Prüffragen mit Fokus auf Jugendliche

- Welche Ergebnisse oder Produkte sind für beteiligte Jugendliche von Interesse und wie wird sichergestellt, dass sie daran partizipieren?
- Wie kann die erworbene Partizipationskompetenz anerkannt werden?
- Welchen Beitrag leistet die Umsetzung des Partizipationskonzeptes zur Anerkennungskultur gerade für Jugendliche im Kontext der Jugendsozialarbeit?

Prüffragen mit Fokus auf die durchführende Institution und beteiligte Fachkräfte

- Welche Ergebnisse sind für die durchführende Institution von Interesse und wie wird sichergestellt, dass diese Ergebnisse nutzbar gemacht werden?
- Wie kann die erworbene Kompetenz beteiligter Fachkräfte anerkannt werden?
- Inwiefern kann die Umsetzung von Partizipationskonzepten zum Profil und zur Attraktivität der durchführenden Institution beitragen?

Prüffragen mit Fokus auf den Sozialraum

- Welche Ergebnisse können für Dritte/für die Region von Interesse sein?
- Wie können Ergebnisse für die Jugendbeteiligung in der Region genutzt werden?
- Welchen Beitrag kann die Umsetzung des Partizipationsprojektes zur kommunalen Entwicklung insgesamt leisten?

5. Perspektiven für die Praxisentwicklung

Die Chancen junger Menschen hängen entscheidend davon ab, in welchem Maße sie sich aktiv an Bildungs- und Lernprozessen beteiligen, in Gruppenprozesse einbringen und durch Engagement im Gemeinwesen persönliche Netzwerke ausbauen. Für den Zusammenhalt in der Gesellschaft wird es immer wichtiger, das Potenzial der jeweils aufwachsenden Generation für ehrenamtliches Engagement und Freiwilligenarbeit zu nutzen und insgesamt die Partizipationsgerechtigkeit gerade für die Gruppe benachteiligter Jugendlicher in Bildung, Beruf und Gesellschaft zu gewährleisten. Die Artikulation von Interessen und Problemen, die wirksame Beteiligung in Planungsprozessen, das Abwägen und Treffen von Entscheidungen, die Verantwortungsübernahme für Andere und das Gemeinwesen, das Zusammenwirken in heterogenen Gruppen, der Umgang mit unterschiedlichen Positionen, Aushandlungsprozesse, öffentliches Auftreten, das Durchsetzen eigener Interessen und nicht zuletzt der Zugang zu Formen der E-Partizipation – das alles sind anspruchsvolle Handlungen, die individuelle Kompetenzen voraussetzen.

Es ist Aufgabe der Jugendsozialarbeit,
die Partizipationskompetenz junger Menschen zu stärken.

Partizipatives Denken und Handeln gehört zum Grundverständnis der Jugendsozialarbeit, partizipative Elemente werden in der alltäglichen Praxis auch umgesetzt. Häufig wird partizipatives Handeln jedoch gegenüber Jugendlichen und gegenüber Dritten nicht als solches deutlich gemacht oder wenig systematisch angewandt. Rahmenbedingungen der Jugendsozialarbeit lassen zudem eine umfassende Partizipation junger Menschen auf den ersten Blick als kaum möglich erscheinen. Unterschiedliche Partizipationsniveaus und das differenzierte Spektrum verfügbarer Partizipationsformen ermöglichen es aber, Partizipationskonzepte unter ganz unterschiedlichen Bedingungen in die Praxis der Jugendsozialarbeit zu integrieren.

Der Leitfaden soll dazu dienen, die alltägliche Praxis
der Jugendsozialarbeit unter dem Gesichtspunkt der Partizipation
zu profilieren, zu systematisieren und weiterzuentwickeln.

Schlüsselfaktor für die professionelle Planung und Umsetzung partizipativer Konzepte sind die Fachkräfte in der Jugendsozialarbeit. Wenn Jugendpartizipation im Kontext der Jugendsozialarbeit flächendeckend und in der gebotenen Qualität umgesetzt werden soll, müssen dafür qualifizierte Fachkräfte in ausreichendem Umfang verfügbar sein. Es kommt deshalb künftig darauf an, kontextbezogene Fortbildungen zu konzipieren und für die Jugendsozialarbeit nutzbar zu machen.

Der Leitfaden kann und soll dazu genutzt werden,
Qualifikationsbedarfe zu erkennen,
die Qualität von Fortbildungsprogrammen zu prüfen
und bedarfsgerechte Fortbildungen zu konzipieren.

Perspektivisch kann Jugendsozialarbeit vor Ort dazu beitragen, die Beteiligungskultur insgesamt zu befördern. Dies setzt eine institutionen-übergreifende Zusammenarbeit mit Unternehmen, Bildungsinstitutionen und Wissenschaft, Vereinen, Migrant*innenorganisationen, Medien, Kommunen, Politik, Jugendverbänden usw. voraus.

Der Leitfaden soll dazu anregen,
Jugendsozialarbeit als regionalen Akteur
für Jugendpartizipation zu profilieren.

Dieser Leitfaden soll den Beginn einer systematischen Praxisentwicklung von Beteiligungsmodellen und Partizipationskonzepten insbesondere in den verschiedenen Arbeitsfeldern der Jugendsozialarbeit markieren. In der Praxis gewonnene Erfahrungen werden dazu genutzt, den Leitfaden weiterzuentwickeln. Damit ist die Einladung verbunden, sich mit Hinweisen und Anregungen an der Weiterentwicklung des Leitfadens zu beteiligen.

